

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Beschlussauszug

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 310 vom 26.09.2024

Anlass: Sitzung
Zeit: 19:00 - 21:30
Raum, Ort: Aula der Grundschule Diesterwegstraße, Diesterwegstraße 7, 3. OG, 38114 Braunschweig

Ö 4.1 **Sachstand Millennium-Gelände** **24-24281-01**

Beschlussart: zurückgestellt

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kühl (Fachbereich Bauordnung und Zentrale Vergabestelle).

Herr Kühl stellt die Mitteilung vor. Er erachtet höchstens die Sommerrodelbahn als eine Ursache für erhöhtes Verkehrsaufkommen.

Frau Sewella weist darauf hin, dass sie in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau kein Rederecht hatte, da es sich weder um eine Anhörung noch um eine Anregung oder einen Vorschlag des Stadtbezirksrates handelte. Die Frist zur Einreichung von Einwohneranfragen sei vor der öffentlichen Bekanntmachung abgelaufen.

Herr Hillger fragt, wann über die Bauvoranfrage entschieden wird, zumal die Mitteilung bereits am 4. September 2024 im Ausschuss für Planung und Hochbau behandelt wurde. Er fragt, ob Anregungen auch zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden könnten. Herr Kühl antwortet, dass vor dem 23. Oktober 2024 kein Bauvorbescheid erlassen wird. Der Tagesordnungspunkt sei allerdings verwaltungsseitig nicht vorgesehen.

Herr Glaser thematisiert den Wettbewerb zur Freizeitnutzung von 2009-2012 und fragt, weshalb der Wettbewerb keine Resultate hervorgebracht hat und warum seinerzeit die Aufstellung eines Bebauungsplans für erforderlich gehalten wurde. Herr Kühl antwortet, dass damals auch eine Reduzierung des Berges diskutiert wurde, und nicht nur über die Wanderwege.

Frau Bezirksbürgermeisterin Sewella unterbricht die Sitzung von 19:57 bis 20:46 Uhr für Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

Herr Rau hält es für möglich, dass der betonierte Untergrund zu einer Weitergabe des Schalls und damit zu Lärmbelästigung beitragen kann.

Frau Sewella hält die Genehmigung von bis zu 3000 Zuschauenden für unangemessen.

Herr Hillger fragt, wie sich die angeführte Gesprächsbereitschaft des Antragstellers darstellt. Frau Sewella antwortet, dass eine Kontaktaufnahme nicht zum Ziel geführt hat. Die Verwaltung sagt zu, eine Terminanfrage zu stellen. Auf die Frage nach einer Ausgleichsfläche antwortet

Herr Kühl, dass dies im Bauantragsverfahren zu prüfen wäre.

Frau Sewella spricht sich für mehr Bürgerbeteiligung bei einem solchen Vorhaben aus.

Frau Weisser-Roelle fragt, warum die Verwaltung erst auf Nachfrage dem illegalen Parken nachgehen wird. Auf ihre Nachfrage antwortet Herr Kühl, dass zusätzlicher Abfall durch den Eigentümer entsorgt werden müsste.

Herr Rau bewertet die geplante Aussichtsplattform als kritisch, da sie den Blick in die Kleingärten ermögliche.

Das Thema soll in einer Sondersitzung am 21. Oktober 2024 erneut behandelt werden.